

vierte Israel die Annexion besetzter palästinensischer Territorien im Wege seiner Siedlungspolitik. Im Juli 1980 wurde Jerusalem zur "ewigen und unteilbaren" Hauptstadt Israels erklärt. Israel versuche ferner die Einverleibung der Golan-Höhen, falle immer wieder im Südlibanon ein, vertrieb palästinensische Bürgermeister und habe außerdem aus dem Krieg zwischen Irak und Iran Nutzen gezogen.

Diese Expansionspolitik belaste den Staatshaushalt: Rund ein Drittel des Staatsetats fließe in militärische Ausgaben, ein weiteres Drittel in die Schuldentilgung. Die Inflationsrate sei von 35% i.J. 1975 auf 135% i.J. 1980 gestiegen. Es komme zu Arbeitsentlassungen, Streiks, Bauerndemonstrationen, zu Widerständen gegen die Einziehung zum Wehrdienst und - innerhalb der Regierung - zu permanenten Auseinandersetzungen: Insgesamt sieben Minister verließen das Begin-Kabinett, darunter Außenminister Moshe Dayan und Verteidigungsminister Weizman - die beiden letzteren vor allem wegen der Palästina-Frage, die nach chinesischer Auffassung der Kern des ganzen Nahost-Problems ist.

In diesem Zusammenhang bemerkt Beijing mit Genugtuung, daß auch die EG-Länder auf ihrer letzten Gipfelkonferenz i.J. 1980 die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts, anerkannt und darüber hinaus gefordert haben, daß die PLO in die Verhandlungen über eine allseitige und friedliche Lösung der Mittelost-Frage einbezogen werden solle.

Israel müsse sich aus den von ihm besetzten Territorien zu einem festen Termin zurückziehen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen und diesem auch die Gründung eines eigenen Staates gestatten.

-we-

## ASIEN

### (11) Die Ziele der sowjetischen Asien-Politik aus chinesischer Sicht

Moskau verfolgt in Asien ein vierfaches Ziel:

1. Schaffung einer "Expansionsroute" von Sibirien nach Asien und zum Pazifik, Vertreibung der USA aus dem Westpazifik und organische Verbindung dieser Westpazifik-Politik mit den Plänen im Indik, im Roten Meer und im Nordatlantik.

2. Einkreisung Chinas mit militärischen und politischen Mitteln: Moskau sät Uneinigkeit zwischen China, den USA und Japan sowie zwischen China und Südostasien, um China zu isolieren.

3. Unterwerfung Japans mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln: U.a. will die Sowjetunion Japan von sowjetischen Rohstoffen abhängig machen und das Land neutralisieren.

4. Ausdehnung der Kontrolle über die südostasiatischen Länder. Vietnam gilt hierbei als Sprungbrett und der Aufbau der pazifischen Flotte als weiteres Hilfsmittel (Radio Beijing in SWB, 20.2.81).

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (12) Genugtuung Beijings über die Blockfreien-Konferenz in Delhi

Nach chinesischer Auffassung versuchte Moskau die Blockfreien-Konferenz, die am 14. Februar zu Ende ging, vor allem in dreifacher Hinsicht zu beeinflussen: Erstens sollten die Blockfreien von ihrer "Äquidistanz"-Politik gegenüber beiden Militärblöcken abrücken, zweitens wollte die Sowjetunion die Bewegung in zwei Gruppen aufspalten, nämlich die "fortgeschrittenen" und die "konservativen" Kräfte, wobei Kuba und Vietnam zu den Fortgeschrittenen gehörten. Drittens wollte Moskau die Probleme in Afghanistan und Kambodscha als "lokal" und von der Feindpropaganda aufgebauscht darstellen (XNA, 10.2.81). Doch die Sowjetunion habe in all diesen Punkten eine Abfuhr erhalten.

In erster Linie forderten die Blockfreien den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und Kambodscha. Vietnam und Kuba konnten diesen Beschluß nicht verhindern. Beide hätten sich als "trojanisches Pferd" der UdSSR erwiesen (XNA, 14. und 15.2.81). Nach chinesischer Ansicht ist durch diese Beschlüsse das Ansehen der Blockfreien-Bewegung als einer "unabhängigen, politischen und moralischen Kraft in den internationalen Beziehungen" gefestigt worden. Beijing zitiert beifällig den indonesischen Außenminister, der forderte, daß die Blockfreien-Bewegung nicht durch die Supermächte beeinflußt werden dürfe (XNA, 7.2.81). Die Blockfreien-Bewegung stehe weiterhin zu den Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und Nicht-Paktgebundenheit. Sie halte an der "gerechten" Opposition gegenüber Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und allen Arten der Fremdherrschaft und Hegemonie fest und trete für die Verteidigung nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität ein. Singapur forderte auf der Konferenz, daß dem Demokratischen Kampuchea wieder ein Sitz unter den Blockfreien eingeräumt werde (XNA, 7.2.81).

-we-

## INNENPOLITIK

### (13) Gegen wen richtet sich die Forderung nach "Stabilität und Einheit"?

Die auf der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 gefaßten Beschlüsse zur Stabilisierung der politischen Lage bzw. zur Konsolidierung von "Stabilität und Einheit" richten sich gegen Anhänger der maoistischen Linken, gegen die demokratische Opposition und gegen Kriminelle verschiedenster Art (siehe C.a., Januar 1981, 0 13). Während innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas die Anhänger der maoistischen Linken das Hauptkampfziel zu bilden scheinen, so hat außerhalb der Partei der Kampf gegen die demokratische Opposition offenbar Vorrang. Diese Einschätzung läßt sich aus der Lektüre der chinesischen Massenmedien im Januar und Februar 1981 gewinnen. Sie wird bestätigt durch einen Bericht der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitschrift Dongxiang vom 16. Februar 1981, in dem die "demokratischen Reformkräfte" als das Hauptangriffsziel der seit Dezember 1980 wieder betonten politisch-ideologischen Arbeit bezeichnet werden (ebenda, S.7). In diesem Zusammenhang gibt der Dongxiang-Artikel u.a. die folgende Passage aus der Rede Deng Xiaopings wieder, die dieser auf der ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980 gehalten hatte:

"Die sog. 'Oppositionellen' sind in Wirklichkeit gegen die Führung durch die Partei. Sie wollen eine Liberalisierung herbeiführen und Kapitalismus betreiben. Sie sind gegen den Sozialismus... Sie sind gegen die Führung durch die Partei und gegen den Sozialismus. Wir dürfen diese Tendenzen unter gar keinen Umständen auf die leichte Schulter nehmen. Unter uns gibt es jedoch einige Genossen, die sich dieser Dinge nicht genügend bewußt sind. Der Druck illegaler Publikationen muß verboten werden. Gegen Anti-Partei-Elemente und antisozialistische Kräfte muß gekämpft werden. Konterrevolutionären Elementen und Unruhestiftern verschiedenster Couleur haben wir nie einen 'Freiraum' gelassen, und wir haben auch nie ihre Aktivitäten geduldet. Über sie kann man nur die Diktatur ausüben." (Ebenda)

Diese Passage aus der Rede Deng Xiaopings vom Dezember 1980 ist in Wortlaut und Thematik nahezu identisch mit einem Teil der Rede Deng Xiaopings vom 16. Januar 1980 (siehe C.a., Januar 1980, 0 22 und C.a., Februar 1980, S.115). Auch die Artikel, die im Januar und Februar 1981 in der chinesischen Presse gegen jene politischen Oppositionelle, die eine weitgehende Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft verlangen, veröffentlicht wurden, gleichen entsprechenden Veröffentlichungen zur Unterdrückung der sog. "demokratischen Bewegung" im Frühjahr und gegen Ende des Jahres 1979 (siehe C.a., März 1979, 0 17; C.a., November 1979, 0 35). Neu hingegen ist der Vorwurf an die demokratische Opposition, daß sie kulturrevolutionäre Methoden anwende und eine zweite Kulturrevolution herbeiwünsche (siehe z.B. HQ, 16.2.81; RMRB, 11.2.81; Wen Hui Bao, 28.1.81). Damit wird die demokratische Opposition offensichtlich in die Nähe von kulturrevolutionären Unruhestiftern gebracht und politisch kriminalisiert. Der Vorwurf, eine zweite Kulturrevolution entfachen zu wollen, stammt wahrscheinlich aus der Rede Deng Xiaopings vom Dezember 1980, denn er ist - wie andere Teile der Deng-Rede auch - in indirekter Form in vielen Zeitungsartikeln und Rundfunkmeldungen zitiert worden. Gegen die demokratischen Vertreter der Opposition wurden in den chinesischen Massenmedien bisher u.a. folgende Vorwürfe erhoben:

1. Sie wenden sich gegen die Vier grundlegenden Prinzipien und gegen die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas (siehe u.a. Radio Shandong, 19.1.81, nach SWB, 28.1.81; Radio Beijing, 22.2.81, nach SWB, 27.2.81).
2. Sie wenden die gleichen Methoden wie in der Kulturrevolution an und verlangen nach einer zweiten Kulturrevolution (siehe u.a. Wen Hui Bao, 28.1.81; RMRB, 8.2.81; HQ, 16.2.81).
3. Unter dem Deckmantel der Demokratie gründen sie illegale Organisationen und Publikationen und veröffentlichen antisozialistische und Anti-Partei-Auffassungen (ebenda).
4. Sie setzen sich für eine extreme Demokratisierung, bürgerliche und kleinbürgerliche Liberalisierung und extremen Individualismus ein und weisen anarchistische Tendenzen auf (Hongqi, 16.2.81).
5. Sie verbreiten die Ansicht, in China herrsche eine bürokratische Klasse und geben die Slogans "Gegen die Bürokraten-Klasse" und "Gegen die privilegierte Schicht" aus (ebenda und Wen Hui Bao, 13.2.81, nach SWB, 28.2.81).
6. Sie vertreten die Ansicht, daß "der Sozialismus dem Kapitalismus unterlegen ist" (Ban Yue Tan, 25.1.81, nach Xinhua, 20.1.81, in SWB, 23.1.81).
7. Sie übertreiben die Fehler Mao Zedongs und schaden dadurch u.a. dem Ansehen der KPCh und dem Sozialismus (eben-

da).

Im Zusammenhang mit der Kritik an der demokratischen Opposition veröffentlichte das Organ des ZK der KPCh am 8. Februar 1981 einen grundsätzlichen Leitartikel zu Fragen der Demokratie und der politischen Stabilität, in dem betont wurde, daß weitere demokratische Reformen nur dann möglich seien, wenn sich die politische Stabilität und Einheit des Landes weiterhin konsolidierten. Da nach Ansicht der KPCh politische Stabilität und Einheit nur dann möglich sind, wenn die alleinige Führung durch die KPCh konsolidiert ist, lautet die Logik des Leitartikels in der Volkszeitung vom 8.2.81: Je stärker die alleinige Führung durch die KPCh, desto mehr demokratische Reformen. Da eine derartige Logik traditionellen Demokratievorstellungen widerspricht, wendet sich der Leitartikel gegen "Demokratie ohne Führung durch die Kommunistische Partei", d.h. "bürgerliche Demokratie oder Anarchie". Es gelte vielmehr "unsere sozialistische Demokratie, die de facto noch nicht ohne Fehl und Tadel ist, zu verbessern und zu vervollkommen und nicht etwa durch die bürgerliche Demokratie oder Anarchie zu ersetzen". Noch schärfer als die Volkszeitung wies die Zeitung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, die Jiefangjun Bao, am 9. Februar 1981 "bürgerliche" Demokratievorstellungen zurück:

"Die von den Vorreitern (des Marxismus-Leninismus; Anm. d. Verfassers) bereits vor über 100 Jahren als nicht verwendbar bewiesenen und daher verworfenen Dinge, wie z.B. die bürgerliche Demokratie des Westens, dürfen wir auf gar keinen Fall noch einmal hervorholen, als gäbe es daran noch irgendetwas Neues zu erforschen." (Nach RMRB, 11.2.81)

Noch Ende 1980 hatte es einige Artikel gegeben, die westliche Demokratieformen vorgestellt und die Übernahme von nach Auffassung der jeweiligen Autoren positiven Elementen innerhalb westlicher Demokratien indirekt empfohlen hatten. Noch am 2. Februar 1981 veröffentlichte die Volkszeitung einen Artikel über die Entwicklung des Wahlrechts in den westlichen Staaten, in dem die Langwierigkeit dieses Prozesses betont wurde. Für die Entwicklung des westlichen Wahlrechts seien - so der Autor Shen Zongling - verschiedene Faktoren maßgeblich gewesen, darunter die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die Änderung der öffentlichen Meinung und die Veränderung der Herrschaftsmethoden: "Ein wichtiger Faktor war (jedoch auch) der Kampf des breiten Volkes für die Erlangung des Wahlrechts. Die Ausweitung dieses Rechts war immer das Ergebnis von Massenbewegungen der Arbeiter, Jugendlichen, Frauen und nationalen Minderheiten." Wenn die Zeitung der VBA am 9. Februar 1981 nun sogar die wissenschaftliche Erforschung "bürgerlicher" Demokratieformen des Westens kategorisch ablehnt, und dies dann auch noch vom Organ des ZK der KPCh nachgedruckt wird, kommt man nicht umhin, von einem drohenden politischen Rückfall in Sachen demokratischer Reform in China zu sprechen.

Von dem seit Ende Dezember 1980 veränderten politischen Klima, das durch zunehmende Repression Andersdenkender gekennzeichnet ist, ist auch der Medien- und Kultursektor betroffen. Die Kampagne gegen die Privilegien der Funktionärschicht ist mittlerweile bereits nahezu völlig eingestellt worden, und die sog. "Enthüllungsliteratur" soll in Zukunft Werken weichen, die die "Vier Modernisierungen" und "Stabilität und Einheit" zum Thema haben. Die Rote Fahne druckte am 16. Januar 1981 einen Artikel unter dem Titel "Gegen liberalistische Tendenzen" ab, in dem die Auffassung vertreten wurde, daß es besser sei, wenn die Zeitungen und Zeitschriften des Landes weniger namentliche Kritik veröffentlichten. In diesem Zusammenhang wurden das Beijinger Abendblatt und die Volkszeitung intern kritisiert, weil sie die namentliche Kritik des Koches Chen Aiwu an Handelsminister Wang Lei ab-

gedruckt hatten. Wang Lei hatte seine opulenten Mahlzeiten im Beijinger Nobelrestaurant "Fengziyuan" zu einem Führungskader-Vorzugspreis abrechnen lassen. Kritik an dem Bürokratismus und den Privilegien der kommunistischen Funktionärschicht war auf dem Filmsektor bereits während des gesamten Jahres 1980 unerwünscht: Zwischen zwanzig und dreißig Filme zu diesem Thema sollen entweder abgesetzt bzw. vor Fertigstellung verboten worden sein (nach Dongxiang, 16.2.81, S.7, 16-18, 22-24).

-sch-

#### **(14) Radio "1.August" über die ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980**

Radio "1.August" - wahrscheinlich eine sowjetische Propagandaeinrichtung, die in chinesischer Sprache sendet - berichtete am 21. und 23. Februar 1981 über angebliche Äußerungen der stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping und Chen Yun auf der ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980 (nach SWB, 23. und 27.2.81). So soll Deng Xiaoping u.a. selbstkritisch geäußert haben, daß "die Führer des Zentralkomitees - inklusive meiner Person - von Erfolg besessen waren, als wir die Pläne formulierten". Chen Yun soll Radio "1.August" zufolge betont haben: "Alle Partei- und Regierungsführer sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Mißerfolge und Fehler in den ersten beiden Jahren nach dem Sturz der Viererbande und während der wenigen Jahre der Sanierung der Wirtschaft. Wir sollten nicht wie in der Vergangenheit jedesmal dann einen Sündenbock suchen, wenn wir konstatieren, daß etwas falsch gelaufen ist."

Die chinesischen Massenmedien haben sich bisher nicht zu den Sendungen von Radio "1.August" geäußert, in denen Deng Xiaoping und seine Anhänger teilweise scharf angegriffen und eine Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen gefordert werden. Der Name der Rundfunkstation "1.August" ist abgeleitet vom Gründungstag der Chinesischen Volksbefreiungsarmee am 1. August 1927.

-sch-

#### **(15) Deng Xiaoping wiederholte positive Einschätzung Mao Zedongs**

Der stellvertretende KPCh-Vorsitzende Deng Xiaoping hat am 12. Februar 1981 gegenüber französischen Journalisten seine grundsätzlich positive Einschätzung Mao Zedongs wiederholt, die er bereits in einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci im August 1980 vorgenommen hatte (siehe C.a., August 1980, 0 16; vgl. C.a., Dezember 1980, 0 21). In Beantwortung einer entsprechenden Frage der französischen Journalisten, die François Mitterand auf seiner China-Reise begleiteten, sagte Deng Xiaoping: "Wir werden immer an den Mao-Zedong-Ideen festhalten. Der Vorsitzende Mao Zedong hat in seinen letzten Lebensjahren Fehler gemacht. Insgesamt aber, von seinem ganzen Leben her gesehen, sind seine Beiträge für das chinesische Volk und die chinesische Revolution sehr groß. Seine Verdienste sind primär und seine Fehler, über die wir Klarheit schaffen müssen, sind sekundär" (nach BRu, 24.2.81, S.6). Allem Anschein nach hat sich die Kommunistische Partei Chinas bereits intern auf diese Bewertungsformel in bezug auf Mao Zedong geeinigt. Sie wird wahrscheinlich ein wesentlicher Bestandteil eines Dokuments zur Einschätzung der Kulturrevolution sein (Arbeitstitel: "Zu einigen Fragen in der jüngsten Geschichte unserer Partei"), das parteioffiziell auf der kommenden 6. Plenartagung des XI. ZK oder auf dem darauffolgenden XII. Parteitag der KPCh verabschiedet werden wird.

-sch-

#### **(16) Hua Guofeng wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten**

Nach mehr als zweimonatiger öffentlicher Abwesenheit ist der nominelle KPCh-Vorsitzende Hua Guofeng am 4. Februar 1981 wieder öffentlich aufgetreten. Am Vorabend des chinesischen Neujahrfestes traf er mit dem pro-chinesischen vietnamesischen Exilpolitiker Hoang Van Hoan zusammen. Das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", berichtete am 5.2.81 auf der ersten Seite und mit Bild von dieser Begegnung. Zuletzt war Hua Guofeng am 27. November 1980 öffentlich aufgetreten, als er mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Ilie Verdet zusammentraf.

Zu einer Begegnung zwischen Hua Guofeng und François Mitterand kam es jedoch nicht. Am 12. Februar 1981 beantwortete der stellvertretende KPCh-Vorsitzende Deng Xiaoping Fragen der französischen Journalisten, die die Delegation der Sozialistischen Partei Frankreichs bei ihrem Chinabesuch begleiteten. Dabei bestätigte Deng Xiaoping, daß Hua Guofeng nach wie vor Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas ist. Deng fügte jedoch hinzu: "Personelle Änderungen dieser oder jener Art sind alltäglich in einem Land oder in einer Partei. Dies ist nichts Anomales." (Nach BRu, 24.2.81, S.6)

-sch-

#### **(17) Erneute nicht-namentliche Kritik an Chen Yonggui**

Das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, die "Volkszeitung", hat am 2. Februar 1981 einen Artikel über die Rehabilitierung des heutigen stellvertretenden Kommandeurs der Militärregion Shenyang, Xie Zhenhua, und eines weiteren früheren Führers der Provinz Shanxi, Cao Zhongnan, veröffentlicht, in dem der frühere 1. Parteisekretär der Modellbrigade Dazhai und Noch-Politbüromitglied Chen Yonggui erneut nicht-namentlich angegriffen wird. In dem Artikel wird Chen Yonggui zur Last gelegt, in Zusammenarbeit mit der "Viererbande" an dem Sturz des damaligen 1. Parteisekretärs der Provinz Shanxi, Xie Zhenhua, und seines Stellvertreters Cao Zhongnan im Frühjahr 1974 maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Diese erneute nicht-namentliche Kritik an Chen Yonggui ist ein weiteres Indiz dafür, daß Chen sehr wahrscheinlich auf der kommenden 6. Plenartagung des XI. ZK aus dem Politbüro des ZK der KPCh entfernt werden wird. Chen Yonggui hatte bereits auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im September 1980 das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten verloren.

Zusammen mit Chen Yonggui wurde auch der im November 1980 gestürzte frühere 1. Parteisekretär der Provinz Shanxi, Wang Qian, nicht-namentlich in dem Artikel der "Volkszeitung" vom 2. Februar 1981 kritisiert. Wang Qian habe - so der Artikel in der "Volkszeitung" - bis 1980 an den falschen Vorwürfen gegen Xie Zhenhua und Cao Zhongnan festgehalten und alles unternommen, um eine Rehabilitierung der beiden zu verhindern (siehe auch die Übersicht "Hintergrund des Sturzes des 1. Parteisekretärs der Provinz Shanxi"). In dem Dokument des im November 1980 umgebildeten Provinzpartei-Komitees von Shanxi über die Rehabilitierung von Xie Zhenhua und Cao Zhongnan, das vom Zentralkomitee der KPCh bestätigt wurde, heißt es, daß die von der "Viererbande", Chen Yonggui und Wang Qian gegen die beiden erhobenen Vorwürfe allesamt falsch gewesen seien. An der Rehabilitierung von Xie und Cao und der Säuberung von Wang Qian hatte wieder einmal die ZK-Disziplinarkontrollkommission entscheidenden Anteil: Sie hatte im Juni 1980 eine Untersuchungsgruppe in die Provinz Shanxi geschickt, weil die damalige Provinzpartei-Führung die Rehabilitierungsbeschlüsse der 3. Plenartagung des XI. Zentralko-

mitees der KPCh vom Dezember 1980 konstant sabotiert hatte.  
-sch-

### **(18) Witwe Kang Shengs verlor Mandat als NVK-Abgeordnete**

Cao Yiou, die Witwe des im Oktober 1980 posthum aus der KPCh ausgeschlossenen Kang Sheng, hat ihr Mandat als Abgeordnete des Nationalen Volkskongresses verloren. Ein entsprechender Beschluß wurde vom Ständigen Ausschuß des Volkskongresses der Stadt Beijing am 28. Februar 1981 gefaßt. Begründet wurde diese Entscheidung mit der "aktiven Beteiligung" Cao Yiou an den "konspirativen Handlungen von Lin Biao, Jiang Qing, Kang Sheng und anderen" (XNA, 1.3.81). Cao Yiou ist formell nach wie vor Mitglied des Zentralkomitees der KPCh; in dieser Position trat sie jedoch im März 1978 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit auf. Gemäß dem Statut der Kommunistischen Partei Chinas kann ihr die ZK-Mitgliedschaft nur auf einem Nationalen Parteitag der KPCh aberkannt werden - dies dürfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf dem kommenden XII. Parteitag der KPCh geschehen. (Zu Kang Sheng siehe C.a., Mai 1979, 0 27; C.a., Juli 1980, 0 16; C.a., Oktober 1980, 0 14.  
-sch-

### **(19) Harte Selbstkritik der Provinzpartei-führung von Fujian**

Das Provinzpartei-komitee von Fujian hielt im Januar 1981 eine Konferenz von Sekretären der Parteikomitees auf Bezirks-, Stadt- und Kreisebene ab, auf der die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 und ihre Umsetzung diskutiert wurden. Auf der Konferenz wurde heftige Kritik an der Provinzorganisation der KPCh geübt, insbesondere jedoch an der Provinzpartei-führung. Einem Bericht von Radio Fujian vom 23. Januar 1981 zufolge (nach SWB, 27.1.81) kamen die Teilnehmer zu dem Schluß, daß sie sich noch nicht genügend von der linken Ideologie freigemacht hätten. Insbesondere das Provinzpartei-komitee habe die Prinzipien der auf der 3. Plenartagung des XI. ZK beschlossenen Wirtschaftssanierung und Wirtschaftsreform nicht begriffen. Es sei ihm nicht gelungen, sich hinreichend von der linksabweichlerischen Ideologie zu befreien. So habe man sich für eine ziemlich lange Zeit geweigert, die Wirtschaftsreformmaßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft durchzusetzen, wie z.B. die Vergabe von Produktionsquoten an einzelne Haushalte und die Entlohnung nach Leistung. In Zukunft müßten alle Widerstände gegen die Einführung eines differenzierten Systems von Produktionsverantwortlichkeiten innerhalb der Landwirtschaft beseitigt werden. Hierfür sei es notwendig, daß sich die Parteiorganisation in Fujian ideologisch von dem linken Einfluß freimache. Die Beseitigung des Einflusses der linken Ideologie müsse hauptsächlich in den Parteikomitees auf Provinz- und Bezirksebene vorgenommen werden, wobei auch die entsprechenden Regierungsorgane nicht ausgenommen werden dürften. Vor allem müsse jedoch der Ständige Ausschuß des Provinzpartei-komitees von Fujian vom Einfluß der linken Ideologie beseitigt werden. Das Provinzpartei-komitee müsse als erstes Kritik und Selbstkritik üben.

Die Härte der Kritik insbesondere am obersten Führungsorgan der Provinz Fujian, dem Ständigen Ausschuß des Provinzpartei-komitees, ist ungewöhnlich und deutet auf künftige personelle Veränderungen innerhalb der Provinzführung von Fujian hin. 1. Sekretär des Provinzpartei-komitees von Fujian ist Liao Zhigao, der diesen Posten bereits im Januar 1975 - also noch vor dem Sturz der Viererbande - übernommen hatte. Liao hatte sich noch im Februar 1978 in einem Beitrag für die

Partei-zeitschrift Hongqi für eine "Zerschlagung des Angriffs kapitalistischer Kräfte in Stadt und Land" und gegen freie Märkte und Reprivatisierungsmaßnahmen innerhalb der Landwirtschaft ausgesprochen. Bezeichnenderweise wurde Liao Zhigao in dem Bericht von Radio Fujian nicht als Teilnehmer der Parteikonferenz erwähnt. Ansprachen hielten dem Bericht des Rundfunksenders zufolge die Sekretäre des Provinzpartei-komitees Xiang Nan und Ma Xingyuan. Während Ma Xingyuan bereits seit Januar 1978 den Posten eines Provinzpartei-sekretärs von Fujian innehat, scheint Xiang Nan erst vor kurzem nach Fujian versetzt worden zu sein. Xiang Nan war bisher stellvertretender Minister des 1. Maschinenbauministeriums und Vizepräsident der Gesellschaft für Landwirtschaftsmaschinen. In dem Bericht von Radio Fujian wurde Xiang Nan als "Sekretär des Provinzkomitees der KPCh, der mit der Abwicklung der tagtäglichen Arbeiten betraut ist", bezeichnet - dieses Amt ist in letzter Zeit des öfteren mit späteren politischen Aufsteigern besetzt worden. So wurde z.B. auch Zhao Ziyang im April 1980 zunächst stellvertretender Ministerpräsident mit der Zuständigkeit für die tägliche Regierungsarbeit. Vier Monate später, im September 1980, löste er Hua Guofeng als Ministerpräsident ab.  
-sch-

### **(20) Neuer 1. Parteisekretär der Provinz Gansu**

Einer Meldung von Radio Gansu vom 5.2.81 zufolge ist Feng Jixin neuer "amtierender" 1. Sekretär des Provinzpartei-komitees von Gansu (nach SWB, 12.2.81). Feng Jixin, der im Januar 1981 von seinem Posten als Provinzgouverneur von Gansu zurückgetreten war, ersetzt Song Ping, der seit Juni 1977 an der Spitze der Parteiorganisation von Gansu gestanden hatte. Neuer Provinzgouverneur ist seit Januar 1981 Li Dengying, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses.  
-sch-

### **(21) Tagung des Volkskongresses des Autonomen Gebiets Guangxi**

Die 3. Tagung des V. Volkskongresses des Autonomen Gebiets Guangxi der Zhuang-Nationalität fand vom 22.-27. Februar 1981 in Nanning statt. Die Tagung stand im Zeichen der Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage. Den vorliegenden Berichten zufolge konnte im Jahr 1980 ein geringfügiger Haushaltsüberschuß erzielt werden (Radio Guangxi, 22.-27.2.81, nach SWB, 5.3.81).  
-sch-

### **(22) Parteizentrale fordert die Provinzführung von Hunan zur Abkehr vom maoistischen Linkskurs auf**

Einem Leitartikel der Hunan Ribao vom 20. Februar 1981 zufolge hat "ein führender Genosse des Zentralkomitees" bei einem Treffen mit Führungskadern des Provinzpartei-komitees von Hunan "viele wichtige Anweisungen" zur künftigen Arbeit der Partei in Hunan gegeben (nach Radio Hunan, 19.2.81, in SWB, 24.2.81; auszugsweise in RMRB, 24.2.81). Das Treffen der Provinzpartei-führung von Hunan mit dem "führenden Genossen des Zentralkomitees" fand nach einer vom Provinzpartei-komitee einberufenen Konferenz von Parteisekretären auf Bezirks-, Stadt- und Kreisebene statt. Diese Konferenz war im Januar 1980 zur Diskussion der Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zusammengetreten. Die Tatsache, daß

nach dieser Provinzkonferenz ein Mitglied des Zentralkomitees "viele wichtige Anweisungen zur Arbeit in Hunan" gab, deutet darauf hin, daß diese Konferenz nicht zur Zufriedenheit der Beijinger Parteizentrale verlaufen ist. Ein weiteres Indiz hierfür ist, daß das Provinzparteikomitee von Hunan nach dem Zusammentreffen mit dem "führenden Genossen des Zentralkomitees" vom 18. bis 20. Februar 1981 eine sog. "demokratische Konsultativkonferenz" in Changsha abhielt, um die Anweisungen der Beijinger Parteizentrale weiterzugeben und ihre Verwirklichung zu besprechen. Einem Bericht von Radio Hunan vom 20. Februar 1981 zufolge sollen auf dieser Konferenz die bisherige Arbeit des Provinzkomitees der KPCh von Hunan kritisiert und Vorschläge zur Verwirklichung der Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 und zur Aufrechterhaltung der politischen Einstimmigkeit mit dem Zentralkomitee der Partei gemacht worden sein (nach SWB, 24.2.81).

Der Leitartikel in der Hunan Ribao vom 20. Februar 1981, der auszugsweise vom Organ des Zentralkomitees der KPCh, der "Volkszeitung", abgedruckt wurde, dürfte im wesentlichen den Inhalt der Anweisungen der Beijinger Parteizentrale zur künftigen Arbeit in Hunan widerspiegeln. In dem Leitartikel heißt es u.a., daß die Provinz Hunan seit Ende der fünfziger Jahre zahlreiche Linksabweichungen begangen habe. Dabei seien "zahlreiche gute Genossen" politisch verfolgt worden. Auch nach dem Sturz der "Viererbande" sei in Hunan der Einfluß der linken Ideologie nicht gewissenhaft - und daher auch nicht durchgreifend - beseitigt worden. In dem Leitartikel der Hunan Ribao wurden insgesamt vier "linke" Fehler genannt, die nach dem Sturz der "Viererbande" von der Provinzparteioorganisation von Hunan begangen worden seien:

1. Keine Loslösung von der Theorie der zwei "Was auch immer" ("Was auch immer der Vorsitzende Mao an politischen Entscheidungen getroffen hat, verteidigen wir entschlossen - Was auch immer der Vorsitzende Mao an Weisungen herausgegeben hat, befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen"; siehe hierzu u.a. C.a., Februar 1980, S.121- 122).

2. Personenkult.

3. Unzureichende Diskussion darüber, daß die Praxis das einzige Kriterium zur Erforschung der Wahrheit ist.

4. Keine bzw. nur partielle Rehabilitierung von - nach den heutigen politischen Maßstäben des ZK der KPCh - zu Unrecht verurteilten und verfolgten Personen - darunter Leute, die gegen die "Viererbande" kämpften.

Von einem fünften "linken" Fehler der Provinzparteioorganisation von Hunan sprach die Hunan Ribao am 21. Februar 1981 (nach RMRB, 24.2.81): Die teilweise Weigerung der Einführung von ertragsabhängiger Entlohnung sowie der Festlegung von Produktionsquoten pro Arbeitsgruppe (bisher Produktionsgruppe) im Bereich der Landwirtschaft. Der gleiche Vorwurf ist übrigens auch gegen die Provinzparteiorganisation von Fujian erhoben worden (siehe die Übersicht "Harte Selbstkritik der Provinzparteiorganisation von Fujian" in diesem Heft).

Die Fortsetzung der "linken" Politik auch nach dem Sturz der "Viererbande" in Hunan, die gleichbedeutend mit einer Ablehnung des politischen Kurses der Beijinger Parteizentrale ist, hat nach Darstellung des Leitartikels der Hunan Ribao vom 20. Februar 1981 dazu geführt, daß es innerhalb der Parteiorganisation von Hunan teilweise Unzufriedenheit und Uneinigkeit gibt. Dies dürfte sich vor allem auf solche Funktionäre beziehen, die nach wie vor den Kurs der Beijinger Parteizentrale ablehnen. Gegenüber diesen Kadern empfiehlt der Leitartikel vor allem erzieherische Maßnahmen politisch-

ideologischer Art. Politisch unverbesserliche Funktionäre sollen jedoch gemäßregelt werden. Die in dem Leitartikel geäußerte Kritik an der Parteiorganisation von Hunan richtet sich wahrscheinlich vor allem gegen die Provinzparteiorganisation, die offenbar nicht fähig oder auch nicht willens war, die Politik der Parteizentrale in Hunan durchzusetzen. Formal hauptverantwortlich hierfür ist Mao Zhiyong, seit Juni 1977 1. Sekretär des Provinzkomitees der KPCh von Hunan. Die Kritik des Leitartikels in der Hunan Ribao an den seit Ende der fünfziger Jahre fortgesetzten "linken" Fehlern in Maos Heimatprovinz richtet sich jedoch auch gegen den Parteivorsitzenden Hua Guofeng, der von 1956 bis 1974 in den Führungsorganen von Hunan die Politik in dieser Provinz maßgeblich mitbestimmt hatte. Die Anfang 1981 von der Beijinger Parteizentrale ausgehende Kritik an der Parteiorganisation von Hunan richtet sich gegen eine der letzten maoistischen Bastionen des Landes.

-sch-

### (23) Tagung des Volkskongresses der Provinz Liaoning

Die 3. Tagung des V. Volkskongresses der Provinz Liaoning fand vom 14.-20. Februar 1981 in der Provinzhauptstadt Shenyang statt. Zentrales Thema der Tagung waren die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage (siehe C.a., Januar 1981, 0 13). Die auf der Tagung vorgelegte Haushaltsbilanz verzeichnete - im Gegensatz zum Jahr 1979 - einen kleinen Überschuß. 1979 waren die Einnahmen der Provinz Liaoning um 1,3 Mio. Yuan RMB im Vergleich zu 1978 gesunken, was allem Anschein nach zu einem großen Haushaltsdefizit geführt hatte. Hauptgründe hierfür waren die Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise für bestimmte Güter (insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse) bei konstanten Verkaufspreisen, Lohnerhöhungen und Prämien für Arbeiter und Angestellte sowie die legale Einbehaltung eines Teils der Einnahmen durch die sog. Reformbetriebe.

In dem Bericht über die Arbeit der Provinzregierung gab Gouverneur Chen Puru u.a. bekannt, daß sich das Einkommen der Bauern aus ihrer kollektiven Tätigkeit 1980 erneut erhöht und durchschnittlich 117 Yuan pro Kopf und Jahr betragen habe. Dies ist eine Steigerung um 12,5% im Vergleich zu 1979 (104 Yuan RMB). 1978 hatte das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bauern aus ihren kollektiven Tätigkeiten in der Provinz Liaoning 91,3% Yuan RMB betragen. Damit liegt in der Provinz Liaoning das Pro-Kopf-Einkommen in ländlichen Volkskommunen aus der kollektiven Wirtschaft zwischen 20 und 25% höher als der nationale Durchschnitt. Im nationalen Durchschnitt betrug das bäuerliche Pro-Kopf-Einkommen aus der kollektiven Tätigkeit 1978 74 Yuan RMB und 1979 83,4 Yuan RMB. (Radio Liaoning, 14.-18.2.81, nach SWB, 2.3.81; vgl. Radio Liaoning, 24. und 26.1.80, nach SWB, 7.2.80, sowie C.a., April 1980, S.332)

-sch-

### (24) Hafenstadt Lüda in Dalian zurückbenannt

Einem Bericht von Radio Liaoning zufolge hat der Staatsrat der Volksrepublik China einem Vorschlag der Provinzregierung von Liaoning zugestimmt, nachdem die Hafenstadt Lüda wieder ihren alten Namen Dalian (Dairen) erhalten soll (nach SWB, 27.2.81).

-sch-

## (25) Hintergrund des Sturzes des 1. Parteisekretärs der Provinz Shanxi

Das Organ des Zentralkomitees der KPCh, die "Volkszeitung", veröffentlichte am 30. Januar 1981 einen Artikel, der den Hintergrund des Sturzes des früheren 1. Parteisekretärs der Provinz Shanxi, Wang Qian, im November 1980 aufhellt. Über Wang Qian, der nicht namentlich erwähnt, sondern statt dessen als "der frühere Hauptverantwortliche des Provinzkomitees der KPCh von Shanxi" benannt wurde, heißt es in dem Artikel, daß er nur deshalb die Parteispitze in Shanxi erklimmen konnte, weil Jiang Qing den Sturz seines Vorgängers Xie Zhenhua im Frühjahr 1974 veranlaßt habe. Folgende Vorwürfe wurden gegen Wang Qian erhoben:

1. Falsche Anschuldigungen des politischen Gegners (so soll Wang nach dem Sturz der "Viererbande" aus Gegnern der maoistischen Linken Gefolgsleute der "Viererbande" gemacht haben, um sich selbst zu schützen).
2. Unrechtmäßige Verfolgung des politischen Gegners.
3. Kritik an Deng Xiaoping.
4. Widerstand gegen die auf der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossene Rehabilitierungspolitik (siehe auch die Übersicht "Erneute nicht-namentliche Kritik an Chen Yonggui").

-sch-

## (26) Mädchenhandel in Shanghai und Südchina

Die Rundfunkstationen der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai und der Provinz Guangdong brachten zu Anfang des Jahres 1981 zwei Meldungen über Mädchenhandel in diesen Gebieten. Radio Shanghai strahlte am 9. Januar 1981 einen Leitartikel der Shanghai'er Jiefang Ribao vom 10.1.81 aus (nach SWB, 14.1.81), in dem ein Ansteigen der Kriminalität in der größten Stadt Chinas beklagt wurde. So häuften sich die Fälle, in denen Frauen entführt und zur Prostitution gezwungen würden. Auch von regelrechten Call-Girl-Clubs war in dem Leitartikel die Rede. Radio Guangdong berichtete am 6. Januar 1981 von einem Prozeß gegen fünf Kriminelle, die aus dem Autonomen Gebiet Guangxi der Zhuang-Nationalität insgesamt 115 Frauen entführt und später in Guangdong für 24.000 Yuan RMB verkauft hätten (nach SWB, 13.1.81).

-sch-

## VERTEIDIGUNG

## (27) VBA-Konferenz betont die "Vier grundlegenden Prinzipien"

Eine Nationale Konferenz der Chinesischen Volksbefreiungsarmee über politische Arbeit fand vom 14. Januar bis zum 1. Februar 1981 in Beijing statt. Zentrales Thema der Konferenz waren die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980, darunter insbesondere der Beschluß über die Stärkung der ideologisch-politischen Arbeit (siehe auch C.a., Januar 1981, 0 13). Auf der VBA-Konferenz wurde insbesondere die strikte Befolgung der sog. "Vier grundlegenden Prinzipien" betont, d.h. "Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festhalten". In einer Rede vor den Teilnehmern der VBA-Konferenz betonte der Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, daß das Festhalten an der Führung durch die KPCh der eigentliche Kern der "Vier

grundlegenden Prinzipien" sei. Die Konferenzteilnehmer kamen zu der Ansicht, daß die Armee während der politischen Erziehungsarbeit in den letzten Jahren "sehr gute Erfahrungen" (und nicht etwa "Erfolge" oder "Siege"; Anm. d. Verfassers) gewonnen habe. Deshalb müsse man in Zukunft "auf jeden Fall" mit der Erziehung über die politische Linie und den Kurs der Kommunistischen Partei Chinas innerhalb der Armee fortfahren (RMRB, 2.2.81).

Die Notwendigkeit, die "Vier grundlegenden Prinzipien" zu befolgen und insbesondere die Führung durch das Zentralkomitee der KPCh zu akzeptieren, wurde auch von einem Leitartikel des Organs der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, Jiefangjun Bao, am 14. Februar 1981 betont (nach Radio Beijing, 20.2.81, in SWB, 23.2.81). Der Leitartikel wandte sich u.a. gegen zwei Ansichten: "Es ist völlig falsch gegenüber der Linie, dem Kurs und den politischen Maßnahmen der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees Zweifel zu hegen und von den vier grundlegenden Prinzipien abzuweichen. Genauso falsch ist es jedoch, die gegenwärtige erneute Betonung der vier grundlegenden Prinzipien als ein Indiz dafür zu betrachten, daß die Linie, der Kurs und die politischen Maßnahmen der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees geändert worden sind." Der Leitartikel der Jiefangjun Bao forderte die Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas und die Soldaten der VBA auf, an den vier grundlegenden Prinzipien festzuhalten und gegen "jene falschen ideologischen Tendenzen innerhalb der Gesellschaft, die die vier grundlegenden Prinzipien ablehnen, zu kämpfen". Es gehe nicht an, wenn ein KPCh-Mitglied oder ein VBA-Soldat sich gegenüber Worten und Taten, die die vier grundlegenden Prinzipien ablehnten, taub bzw. blind stellten.

-sch-

## (28) Unruhe unter der VBA über eventuelle Nachfolgeprozesse?

Die japanische Nachrichtenagentur Kyodo berichtete am 20. Februar 1981, daß es insbesondere unter den Armee-Einheiten der Militärregionen Shenyang, Nanjing und Guangzhou Unruhe über mögliche Folgeprozesse gegen Militärs im Anschluß an den Prozeß gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs gebe (nach SWB, 24.2.81). Offenbar befürchteten einige Offiziere, daß sie aufgrund ihrer politischen Vergangenheit einer möglichen, sich an den Beijinger Prozeß anschließenden Säuberungswelle innerhalb der VBA zum Opfer fallen. Während des Prozesses gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs von November 1980 bis Januar 1981 waren neben den zehn Angeklagten die Namen von 68 Personen genannt worden, denen ebenfalls Vergehen im Zusammenhang mit der Kulturrevolution und dem Staatsstreichversuch von Lin Biao zur Last gelegt werden (siehe W. Bartke in C.a., Januar 1981, S. 41 ff.). Von diesen 68 Personen sind 31 Militärs. Von diesen 31 Militärs sind inzwischen mindestens vier verstorben (Lin Biao, Ye Qun, Lin Ligu und Xie Fuzhi). Es bleiben also maximal 27 während des Beijinger Prozesses als Mitschuldige genannte Militärs, die noch nicht abgeurteilt sind, darunter auch der Neffe Mao Zedongs, Mao Yuanxin, der bis zu seinem Sturz einer der Sekretäre des KPCh-Komitees der Provinz Liaoning und Politkommissar der Militärregion Shenyang war. Prozesse gegen Mao Yuanxin und zwölf weitere frühere ranghohe Offiziere sollen bereits von der Heilongjiang Ribao angekündigt worden sein (Reuter, 2.2.81, nach The Times, 3.2.81).

-sch-